

Nr. 3 > Herbst 2010

Unsere Stadt

Kommunistische Zeitung für Freiburg



Stuttgart 21 geht uns alle an!

In Stuttgart kämpft derzeit eine breite Bewegung gegen den unter dem Label Stuttgart21 (S21) betriebenen Abriss des bisherigen Kopfbahnhofes und seine Ersetzung durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof. Diese Bewegung ist in den vergangenen Monaten enorm angewachsen, ihr ist es gelungen regelmäßig mehrere zehntausend und im Einzelfall 100.000 Menschen auf die Straße zu bringen. Gut zwei Drittel der StuttgarterInnen und eine deutliche Mehrheit in Baden-Württemberg lehnen S21 ab. Die Gründe gegen S21 zu sein sind vielfältig. Es geht in Stuttgart dabei um mehr als die Frage, wie der Stuttgarter Bahnhof zukünftig aussehen soll.



Viele Gründe gegen S21

Verkehrspolitisch wäre S21 ein Fiasko. Nicht nur, dass damit die Probleme im Schienenverkehr in und um Stuttgart keinesfalls gelöst wären. Unter der Erde, nur durch Tunnel erreichbar, wäre jede Weiterentwicklung oder Korrektur nur schwer machbar. S21 steht für die Ausrichtung der Bahn auf den Fernverkehr, auf Kosten des Personennahverkehrs und des Güterverkehrs. Das hätte Auswirkungen auf den gesamten baden-württembergischen Schienenverkehr, denn auch die Bahn kann jeden Euro nur einmal ausgeben.

Dass es um viel Geld geht, steht außer Frage. Geplant sind derzeit 4,1 Mrd. Euro für den Bahnhof, plus 2,9 Mrd. für die Neubaustrecke. Jedoch zeigt die Erfahrung mit Großprojekten dieser Art, dass sich die Kosten auch vervielfachen können.

Zahlen sollen wir alle

Bezahlen tun neben den Stuttgartern letztlich wir alle: aus Steuermitteln des Bundes und des Landes, sowie der Bahn, die ja immer noch dem Bund gehört, und deren Nutzung jährlich teurer wird. Überhaupt stellt sich die Frage, warum für etwas Geld ausgeben, was keine wesentliche Verbesserung bewirkt?

Profitieren werden wenige

Der Antwort kommt man auf die Spur, bedenkt man etwa die Bauaufträge, die mit S21 einhergehen. 70.000 Euro, die das Tunnelbohrunternehmen Herrenknecht AG, 2009 an die CDU spendete, können natürlich in keinem Zusammenhang damit stehen, dass die Firma für S21 Tunnel bohren soll, oder?

Zudem würden durch die Tieferlegung des Bahnhofs 100 Hektar (das entspricht größenmäßig dem Freiburger Stadtteil Rieselfeld plus der Hälfte der Vauban) innerstädtischer Fläche frei, frei für Immobilienspekulanten. Gewichtige Profitinteressen also. Was bedeutet das schon der Schloßgarten als wichtiges Naherholungsgebiet für die Bevölkerung?

Es geht letztlich um die Frage, die sich vielerorts stellt: Wessen Stadt ist die Stadt? Die der Investoren oder die der Bewohner?

Für CDU, FDP, Teile der SPD und die Bahnführung ist die Antwort klar: S21 soll um jeden Preis durchgesetzt werden. Dazu werden die Risiken verschwiegen, Unwahrheiten aufgetischt, Proteste mit Wasserwerfern, Pfefferspray und Polizeiknüppeln bekämpft und die Opfer dieser Staatsgewalt noch verhöhnt und durch Lügen zu diskreditieren versucht.

In Bewegung bleiben!

Dieser Plan scheint allerdings nicht aufzugehen. Viele Menschen in Stuttgart und darüber hinaus haben die Lügen durchschaut und erkannt, dass sich in Ihrem Interesse nur etwas bewegt, wenn Sie sich bewegen: gegen S21, aber auch gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg und Castortransporte, gegen weitere Angriffe auf die Reste des „Sozialstaats“ hierzulande, usw..

Die Feststellung „Die da oben machen sowieso was sie wollen.“ ist eben nur solange wahr, solange wir sie nicht daran hindern.

DKP Freiburg



*Laß dir nichts einreden,
Sieh selber nach!
Was du nicht selber weißt,
Weißt du nicht.
Prüfe die Rechnung,
Du mußt sie bezahlen.
Lege den Finger auf jeden Posten,
Frage: wie kommt er hierher?*

aus: Bertolt Brecht, Lob des Lernens

In dieser Ausgabe:

- 20 Jahre „Stilllegung“ der DDR
- 9. November 1938 in Freiburg
- Braune Zeitung „Zuerst“
- Kuba-Doku „Zucker & Salz“ mit DVD-Verlosung
- Unzumutbare Jugendmitbestimmung?
- Widerstand gegen Stuttgart 21

Immer mehr „Unsere Stadt“-Leser

Die Redaktion begrüßt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg als neue Leser unserer Zeitung.

Wie die Agenten auf ihrer Website zu berichten wissen, handelt es sich bei uns gleich um 3 Organisationen „dogmatischer Linksextremisten“. Nun gut. Ganz im Sinne des „Extremismus mit menschlichem Antlitz“ haben wir uns daher mit Rücksicht auf unsere neue Leserschaft in vorliegender Ausgabe um eine leicht verständliche Sprache und um Vermeidung von Fremdwörtern bemüht.

Da wir wissen, dass der Verfassungsschutz durch seine fortschreitende Fusionierung mit der NPD zeitlich komplett ausgelastet ist, wollen wir ihm nicht zumuten, bei der Lektüre unserer Publikationen allzu häufig ein Wörterbuch heranziehen zu müssen. Sollte doch mal was unklar sein, verfügt der VS mit Heinz Fromm ja über einen rührigen Präsidenten und einen stets gern gesehenen Experten und Referenten zu totalitarismustheoretischen Fragen.

Wasser Marsch! Die Polizei rüstet weiter gegen Demonstranten auf

Um die Interessen der Herrschenden zukünftig noch besser gegen die Bevölkerung verteidigen zu können, deckt sich Deutschland derzeit mit neuen Wasserwerfern für die Polizei ein. Bis 2019 soll die österreichische Firma Rosenbauer an die Bereitschaftspolizei der Bundesländer 78 Fahrzeuge des Typs „WaWe 10000 COBRA“ zum Stückpreis von über 900.000 Euro liefern. Das sind insgesamt also 75 Mio. Euro unserer Steuergelder, die verwendet werden, um uns zu unterdrücken.

Die neuen Geräte sind noch gewaltiger als die bisherigen. Die Brutalität der bisherigen Geräte, die in Stuttgart zahlreichen Demonstranten Augenlider zerrissen, Linsen nach innen gedrückt, die Netzhaut zerfetzt, den Augenboden oder fragile Knochen am Auge gebrochen haben, scheint nicht ausreichend.



Die Schlange am Kartenschalter des Freiburger Harmonie-Kinos ließ es bereits erahnen. Und tatsächlich fand am 4. Oktober die Film- und Diskussionsveranstaltung über die Alltagsgeschichte von 50 Jahren kubanischer Revolution im ausverkauften und brechend vollen Kinosaal statt. Wer nur wenig zu spät kam, musste leider an der Tür abgewiesen werden.

Auf die Begrüßung durch Irene Vogel, Stadträtin der Unabhängigen Frauen, und einige einleitende Hintergrundinformationen des Filmemachers Tobias Kriele folgte dessen gut halbstündiger Dokumentarfilm „Zucker & Salz“. Darin stellt er vier miteinander befreundete kubanische Frauen vor. Drei von ihnen waren - gleich tausenden anderen - als Jugendliche direkt nach dem Sieg der Guerilla über Diktator Batista dem Aufruf Fidel Castros gefolgt, in die Berge der Sierra Maestra zu gehen, um die dortige Bevölkerung erstmals an der Bildung teilhaben zu lassen. Alle vier wurden schließlich Lehrerinnen, anfangs in Havanna in der Arbeit mit ehemaligen Dienstmägden und Prostituierten, später in regulären Schulen.

Die kurzen Interviewsequenzen und Gespräche der Frauen untereinander lassen klarer werden, warum die kubanische Revolution trotz vieler Probleme bis heute solch starken Rückhalt der Bevölkerung genießt.

Nach dem Film beantworteten Tobias Kriele, sowie die anwesenden zwei der porträtierten Frauen, Elena Aragon und Angela Pernas, Fragen des teils sichtlich bewegten Publikums.

Dieser beeindruckende Abend und die Warmherzigkeit der Companeras Elena und Angela werden noch lange in Erinnerung bleiben.

Für alle, die die Veranstaltung verpasst haben, verlosen wir einmal „Zucker & Salz“ auf DVD. Einfach bis zum 12. Dezember 2010 eine E-Mail mit Name und Adresse senden an: zuckerundsatz@dkp-freiburg.de (Die Daten dienen ausschließlich der Verlosung und werden anschließend gelöscht).

Die DVD kann auch für je 12 € + 2 € Versand bestellt werden über: www.zucker-und-salz.eu. Dort finden sich auch weitere Infos und der Trailer zum Film.

SDAJ Freiburg

„Wem die Mieten zu hoch sind, soll doch aus Freiburg wegziehen“

Sagt Ralf Klausmann, Geschäftsführer der stadteigenen Wohnungsgesellschaft Freiburger Stadtbau (FSB).

Herrn Klausmann, der FSB und der Mehrheit des Gemeinderates scheinen die Mieten in Freiburg noch zu niedrig zu sein: sie erhöhen, und erhöhen und erhöhen... Derzeit in Weingarten um 10%.

Viele Mieterinnen und Mieter müssen bis zur Hälfte ihres Einkommens für Miete und Nebenkosten aufbringen, manche sogar darüber. Kein Wunder, dass sich Hunderte von MieterInnen wehren, dass bis Anfang Oktober über 40% sich geweigert hatten, ihre Zustimmung zur Mieterhöhung zu erteilen.

„Vor Jahren habe ich mal zehn Bäume im Sternwald gepflanzt im Rahmen einer Nachhaltigkeits-Aktion. Wenn die Mieten jetzt erhöht werden, fälle ich im Sternwald zehn Bäume und ziehe in ein Baumhaus, meine Wohnung kann ich mir dann nicht mehr leisten“

So eine Mieterin (Name der Redaktion bekannt).

Und die FSB, das kommunale Unternehmen mit „sozialem Auftrag“?

Die FSB verklagt alle Mieterinnen und Mieter, die sich weigern, der Mieterhöhung zuzustimmen. Ohne Mahnung, ohne Schlichtung, ohne Gespräch mit den MieterInnen, ohne Gnade und ohne soziales Gewissen. Schätzungsweise 250 Mieterinnen und Mieter werden vor Gericht gezerrt, müssen Anwalts- und Gerichtskosten bezahlen.

Die FSB und die Gemeinderatsmehrheit scheinen Krieg führen zu wollen gegen die eigenen Mieter. Einschüchtern, Angst und Schrecken verbreiten, Mieterwiderstand brechen, das ist die politische Strategie der FSB, von CDU und Grünen, der Gemeinderatsmehrheit.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) fordert gemeinsam mit der Mieterinitiative Weingarten und der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ (WiM):



- Keine Mieterhöhungen – Mietstopp!
- Die Miete darf 25% des Einkommens nicht übersteigen.
- Die FSB und die Stadt dürfen ihre Mieten nicht bis an die Grenzen des Mietspiegels führen: soziale Verantwortung heisst soziale Mieten zu erheben.
- Rücknahme der Klagen gegen die Mieterinnen und Mieter!
- Einrichtung einer paritätisch besetzten Schlichtungsstelle.
- Freiburg muss bezahlbar sein!
- Wohnen ist Menschenrecht – Wohnen darf nicht zur Ware verkommen.

DKP Freiburg

„Behutsam stilllegen“ - 20 Jahre Groß

Brüder und Schwestern, kommt alle her es herrscht Friede auf Erden und werdet noch mehr

Als am 09. November 1989 der Sekretär des Zentralkomitees der SED für Informationswesen, Günter Schabowski, den Run auf die Mauer freigab, war der Zug bereits abgefahren, der Etappensieg des Kapitals nicht mehr aufzuhalten und der erste Versuch, auf deutschem Boden die Wurzeln des Faschismus für immer zu beseitigen und eine menschenwürdige Alternative zum Kapitalismus zu schaffen, nicht zuletzt durch Verrat des großen Bruders in die Binsen gegangen.

Jenes Bauwerk, welches aufgrund seiner schlichten Vehemenz für die sich hinter Demokratie und Freiheit versteckenden Imperialisten 28 Jahre lang propagandistisch leicht angreifbar war, hatte längst den Charakter einer Gefängnismauer, obgleich es den so wichtigen Zweck erfüllt hatte, der westdeutschen Bourgeoisie mit aller Deutlichkeit im wahrsten Wortsinn die Grenzen aufzuzeigen.

Dennoch ist die Ironie unübersehbar: Den großen Sturm lauf traute sich der selbsternannte Souverän

(„Wir sind das Volk“) erst dann zu vollziehen, nachdem er durch Schabowskis Presseerklärung grünes Licht von der Partei erhalten hatte. Die zur „friedlichen Revolution“ hochstilisierten großdeutschen Chaostage funktionierten nur mit freundlicher Genehmigung der vorläufigen Verlierer der Geschichte. Da war er wieder: der deutsche Untertanengeist. Dessen Überwindung nicht oder nicht entschlossen genug angestrebt zu haben, ist sicher der größte Vorwurf, den man den Kommunisten der DDR machen muss. Eine von der Notwendigkeit des Sozialismus überzeugte und dem Selbstvertrauen in die eigene historische Rolle gestärkte Arbeiterklasse hätte sich mit Sicherheit nicht von den Kohls und Genschers mit der Verheißung auf blühende Landschaften verarschen und später von der Treuhand fertig machen lassen.

All ihr frommen Menschen habt gebetet so lang nehmt nun zum Dank die Apfelsine in Empfang

Der Rest ist bekannt. Der große Beutezug des deutschen Kapitals nahm seinen Lauf. Die ehemals volkseigenen Betriebe wurden

rücksichtslos plattgemacht und an westdeutsche Investoren zu Spottpreisen verkauft. Um die Enteignung des Volkes möglichst schnell zu vollziehen und die Offensive zur Schaffung des totalen Marktes zu beschleunigen, leistete die eigens hierfür eingerichtete Treuhandanstalt ganze Arbeit. Dass diese es ernst meinte und es den ehemaligen DDR-Bürgern nun ans Leder gehen würde, konnte schon bald nicht mehr in Zweifel gezogen werden.

Nachdem der erste Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder vorzeitig aus allen Ämtern geschieden war, brachte Nachfolgerin Birgit Breuel auf den Punkt, wie sie mit dem Lebenswerk von siebzehn Millionen Menschen umzugehen gedachte. Unvergessen ihr als Drohung an die Massen zu verstehender Ausspruch der drei Mottos, die sie freimütig ausgab: schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen.

Die Behutsamkeit war in den Anfangsjahren der Restauration einer Weltmacht ein notwendiges Zugeständnis an die europäischen Nachbarn. Diese beäugten aufgrund ihrer Erfahrungen als Überfallene des deutschen Imperialismus den großdeutschen Formierungsprozess trotz grundlegendem Einverständnis

Braune Zeitung „Zuerst!“ nun auch in Freiburg



Bereits seit Dezember 2009 erscheint eine neue extrem rechte Monatszeitschrift mit dem Namen „Zuerst!“, die im gesamten Bundesgebiet vertrieben wird. Sie ist nun auch in Freiburg an verschiedenen Stellen erhältlich. „Zuerst!“ wirkt unauffällig und sieht Magazinen wie dem Spiegel oder der NEON in ihrer Hochglanz-Aufmachung ähnlich. Doch die Inhalte haben es in sich. Verschwörungstheorien, nationalistische Überheblichkeit, Vorurteile gegen Homosexuelle und Migranten finden sich auf allen Seiten dieses braunen Schmierblattes. Ebenfalls wird über die Leugnung des organisierten Massenmordes an den europäischen Juden

und Geschichtsrevisionismus wohlwollend berichtet. Kurz: Alle Themen der extremen Rechten werden von dieser seriös wirkenden Zeitschrift abgedeckt und mit wahnhafter Rhetorik verbreitet. Verantwortlich als Chef-Redakteur ist Günther Deschner, der schon für die reaktionäre Wochenzeitung Junge Freiheit schrieb. Als Kolumnist kommt auch der Rechtsaußen-Republikaner und ehemalige „Nation & Europa“-Mitherausgeber Harald Neubauer regelmäßig zu Wort. „Nation & Europa“, das eines der wichtigsten Theorie- und Strategieorgane für die Faschisten in der Bundesrepublik Deutschland

war, wurde zu Gunsten der „Zuerst!“ eingestellt. Damit ist klar, wohin sich dieses Magazin entwickeln soll. Nämlich zum schicken Propaganda-Blatt mit Scharnierfunktion zwischen der konservativen und extremen Rechten. Der Versuch der Faschisten, durch eine seriöse Optik in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen, ist nicht neu. Unterschätzt werden darf die Gefahr, die von einer solchen Zeitschrift ausgeht, nicht. Vor allem dann, wenn braune Propaganda nur einen Griff von der etablierten Presse entfernt liegt. Wir werden mit allen Mitteln verhindern, dass die Nazis in Freiburg und Umgebung ihren Dreck verbreiten können und so das gesellschaftliche Klima weiter vergiften. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Antifaschistische Linke

Stuttgart, 13. Nov.: DGB ruft zu Protestaktionen auf

Die DGB-Gewerkschaften rufen unter dem Motto „Gerechtigkeit ist etwas anderes – wir brauchen einen Kurswechsel!“ zu Herbstaktionen auf.

Während die Konzerne schon wieder fette Profite einfahren, werden die Kosten der Krise auf den Schul-

tern der kleinen Leute abgeladen. Restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen, Einschnitte in öffentliche Daseinsvorsorge und das Bildungssystem und verschlechtern unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Für den 13. November 2010 wird

nach Stuttgart zu einer Kundgebung auf dem Schlossplatz mobilisiert.

Für Mitfahrt in Bussen der Gewerkschaften ab Freiburg bitte anmelden beim DGB Region Südbaden per Fax: 0761-38847-24 oder per E-Mail: freiburg@dgb.de .

deutschland und kein Ende in Sicht

nis kritisch und bestanden zunächst darauf, dass sich die neokolonialen Bestrebungen gewaltfrei vollzogen.

Macht brav Männchen, hier seid ihr am Ziel

Es gibt Bananen und Tomaten – und von allem zuviel

So ganz unblutig ging es aber dann doch nicht von statten. Mit der DDR war auch die Lebensversicherung für tausende von Vietnamesen und Afrikanern weggefallen. Der völkische Mob, nahezu durchdrungen von der nationalistischen Propaganda jener Jahre und aller zivilisatorischen Fesseln entledigt, hetzte, prügelte und brandstiftete unter Duldung der Staatsmacht in Rostock, Hoyerswerda, Magdeburg und anderswo. Und auch die westdeutschen Nazis fühlten sich nun ermutigt, wie die Morde von Mölln und Solingen bewiesen.

Doch wusste man nachzulegen: Den Morden der als verstörte Jugendbanden verniedlichten Faschisten folgte durch die faktische Abschaffung des Asylrechts im Jahre 1993 der großangelegte institutionalisierte Mord an den Grenzen Europas.

Nach 6 weiteren Jahren gedulden Ausharrens bedurfte es 1999

nur noch des Feigenblattes einer vermeintlich pazifistischen Alt-68er-Regierung, um mit der Aggression gegen Jugoslawien von nun an die Großmachtambitionen auch wieder militärisch verfolgen zu können – begleitet allemal von einer moralisierenden Rhetorik, die es fertig brachte, einen Angriffskrieg zu einer humanitären Intervention zu erklären.

Es war der Wind, der die Worten Osten blies:

Auf euch wartet das neue Traum-paradies

Eine kaum zu fassende Verelendungsrealität, geprägt von Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, der Versklavung durch Kurz-, Zeit- und Hartz 4-Zwangsarbeit, die Demontage von Gesundheits- und Sozialsystemen, institutionalisierter wie nichtinstitutionalisierter Rassismus, Krieg und Krise – das ist die Bilanz der nunmehr schon zwanzig Jahre andauernden Renaissance des großdeutschen Schreckens.

Doch hier gibt's nur Schönheit, Sieg und Heroen und der Rest fährt im Sonderzug zur Endstation!

Trotz aller mehr oder weniger behutsamen Stilllegung wird von der DDR bleiben, dass es einen Versuch gegeben hat, auf deutschem Boden die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Ein Versuch, zweifelsohne begleitet von fürchterlichen Fehleinschätzungen und begangenem Unrecht. Ein Versuch aber, der dem deutschen Imperialismus 40 Jahre lang die Stirn geboten hat, eine 110.000 Quadratmeter große No-Go Area für die Deutsche Bank, Siemens oder Krupp. Und ein Versuch, der allein dadurch, dass er real existierte, bewiesen hat, dass das Kapital verwundbar ist.

Der nächste Versuch muss anders, er muss besser werden. Aber es wird ihn geben müssen, denn die kriegerischere Realität unserer Tage führt uns vor Augen, was der gute Karl Marx bereits vor 150 Jahren wusste, nämlich, dass es der Menschheit wird gelingen müssen, einen Weg zum Sozialismus zu finden, da sie andernfalls in der Barbarei versinken wird.

Die kursiv gehaltenen Passagen entstammen dem Songtext **Sonderzug** der Band **Abwärts**.

Antifaschistische Linke

Terminkalender

Antifakneipe

20.10.2010

17.11.2010

15.12.2010

jeweils mittwochs 20:00 Uhr

SUSI-Café, Freiburg-Vauban

wechselnde Themen

Mehr Infos: www.antifaschistische-linke.de

Mitgliederversammlungen der DKP-Freiburg

02.11.2010

16.11.2010

07.12.2010

21.12.2010

jeweils dienstags 20:00 Uhr

im Linksbüro, Greiffenegg 2.

Naziaufmarsch in Offenburg verhindern!

Samstag - 23.10.2010

Mehr Infos: www.antifaschistische-linke.de

Antifa-Demo in Rastatt

Samstag - 23.10.2010 - 12:00

Uhr, anschließend Kundgebung in Söllingen

Mehr Infos: www.schachmatt.blogspot.de

Gedenken an die Novemberpogrome in Freiburg

Dienstag - 09.11.2010 - 17:30

Uhr, Platz der Alten Synagoge

Kundgebung der Gewerkschaften in Stuttgart

Samstag - 13.11.2010 - 12:00

Uhr, Schloßplatz Stuttgart

Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin

Samstag - 08.01.2011

Mehr Infos: www.rosa-luxemburg-konferenz.de

Liebkecht-Luxemburg-Demo in Berlin

Sonntag - 09.01.2011

Mehr Infos: www.ll-demo.de

DKP-Parteitag

Auf dem 19. Parteitag der DKP, der am 9./10. Oktober in Frankfurt/M stattfand, wurde unser Freiburger Genosse **Hendrijk Guzzoni** erneut in den Parteivorstand gewählt. Neue Parteivorsitzende ist Bettina Jürgensen. Die rund 160 Delegierten diskutierten u.a. darüber, wie die DKP dazu beitragen kann, einen Politikwechsel - und längerfristig grundsätzliche Alternativen zum kapitalistischen System gesellschaftlich durchzusetzen.

Die ALFR (Antifaschistische Linke Freiburg) ist in unserer Stadt und der Region Südbaden aktiv gegen faschistische Umtriebe. Sie mobilisiert regional und bundesweit auf linke Demonstrationen und kämpft in Theorie und Praxis für eine Welt jenseits von Faschismus, Hunger und Krieg. Bei den regelmäßigen Veranstaltungen kann man mehr über die Gruppe erfahren.

www.antifaschistische-linke.de



Die DKP, das ist die Deutsche Kommunistische Partei. GenossInnen der DKP kämpfen gemeinsam mit anderen Menschen z.B. in den Gewerkschaften und in der Friedensbewegung für konkrete Verbesserungen und grundlegende Veränderungen.

Die DKP-Ortsgruppe Freiburg trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat. Interessierte sind herzlich willkommen.

www.dkp.de
www.dkp-freiburg.de



Die SDAJ, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, ist eine Selbstorganisation von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, jungen Arbeiterinnen und Arbeitern, Studentinnen und Studenten. Für uns ist der Sozialismus die Alternative für die wir kämpfen. Die SDAJ Freiburg trifft sich wöchentlich. Wenn Du bei uns mitmachen willst, melde dich einfach per E-Mail:

sdaj-freiburg@gmx.de

www.sdaj-netz.de
www.sdaj-freiburg.de

Impressum:

Unsere Stadt - Kommunistische Zeitung für Freiburg

wird herausgegeben von:

Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR)

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Freiburg

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Freiburg

ViSdP: Hendrikk Guzzoni, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg

Die Redaktion erreichen Sie:

per Post:

„Unsere Stadt“
c/o Linksbüro
Greiffeneggring 2,
79098 Freiburg

per E-Mail:

unserestadt@dkp-freiburg.de



Zeitung machen kostet Geld!

Deshalb sind uns Spenden für die weitere Herausgabe von „Unsere Stadt“ herzlich willkommen.

Überweisen Sie bitte unter dem Stichwort „Spende Unsere Stadt“ auf das Konto der DKP FREIBURG
Konto-Nr.: 1020086500
BLZ: 68010111 (SEB Freiburg)

Die Novemberpogrome 1938 in Freiburg

Am 08./09.11.1938 fanden in ganz Deutschland Pogrome gegen Juden statt, die von den Nationalsozialisten verharmlosend als sogenannte „Reichskristallnacht“ bezeichnet wurden. Die von Goebbels in einer antisemitischen Hetzrede angeheizten Pogrome wurden propagandistisch als „Ausbruch des Volkszorns“ dargestellt. Als vermeintlicher Auslöser wurde das Attentat eines jungen polnischen Juden auf einen NSDAP-Angehörigen in der Deutschen Botschaft in Paris vorgeschoben.

Tatsächlich waren die Pogrome am 09.11.1938 aber zentral organisiert und es handelte sich nicht um spontane Pogrome der Bevölkerung. Im ganzen Land hielten SA- und SS-Leute Hetzreden und steckten anschließend selbst in Zivilkleidung Synagogen in Brand und zerstörten jüdische Geschäfte und Wohnungen.

Auch in Freiburg spielte sich in dieser Nacht ein ähnliches Geschehen ab. SA- und SS-Leute zünde-

ten die Synagoge gegenüber des Stadttheaters an und sprengten sie anschließend. Die anwesenden Feuerwehrleute, die Polizei und das technische Hilfswerk schritten nicht ein, denn sie hatten die strikte Anweisung die Synagoge brennen zu lassen und lediglich die umliegenden Gebäude zu schützen.

Der Rabbiner der Freiburger Synagoge wurde aus dem Bett gezerzt und gezwungen, die Vernichtung der Synagoge mit anzusehen. In der selben Nacht schändeten die Nationalsozialisten auch den jüdischen Friedhof in der Elsässerstraße, indem sie Grabsteine umrissen und die Leichenhalle demolierten.

Unmittelbar nach der Zerstörung der Synagoge wurden alle noch ansässigen erwachsenen männlichen Juden aus Freiburg (über 100 Personen) ins Konzentrationslager nach Dachau transportiert. Nur ein Teil überlebte die dortigen Torturen und kehrte nach Freiburg zurück. Die Freiburger Bürger zeigten sich zwar geschockt über die von den Nazis



Synagoge Freiburg - 1869/70 erbaut, 1926 umgebaut, 1938 zerstört

durchgeführten Aktionen während der Novemberpogrome, allerdings reichten diese Geschehnisse in eine jahrelange Verfolgung der Freiburger Juden ein. Diese endete schließlich damit, dass im August 1942 die letzten jüdischen Einwohner Freiburgs deportiert wurden und Freiburg als „judenfrei“ gemeldet wurde.

Wie jedes Jahr findet auch am 09.11.2010 in Erinnerung an dieses grausame Ereignis eine Gedenkveranstaltung am Platz der Alten Synagoge statt.

Antifaschistische Linke

Die unzumutbare Jugend

Bundesarbeitsgericht drängt Auszubildende aus der betrieblichen Mitbestimmung

Es ist schon schwer genug, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Wenn es dann doch geklappt hat, besteht kaum Hoffnung auf Übernahme im erlernten Beruf, denn mit Abschluss der letzten Prüfung haben die jungen Leute ihre Funktion als vorübergehende Billig Arbeitskraft erfüllt. Besonders schwer haben es die Jugendlichen, die in ihrer Ausbildungszeit auf ihr Mitbestimmungsrecht pochen und sich in der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) oder im Betriebsrat engagieren. Diese sind für die Kapitalisten ein wahrhaft rotes Tuch und das letzte was der Chef sich wünscht, ist, die frechen Störenfriede auch noch übernehmen zu müssen.

Gerade weil das so ist, erkämpfte die IG Metall in den 1970er Jahren, nachdem mit ihrer Kampagne „Von den Kollegen gewählt -- von den Bossen gefeuert“ auf diesen Missstand aufmerksam gemacht wurde, die Aufnahme des § 78(a) in das Betriebsverfassungsgesetz, der die im Betriebsrat oder in der JAV engagierten Jugendlichen schützen sollte und die Unternehmer zwingt, diese „nach Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses auf unbestimmte Zeit zu übernehmen“. Da auch Betriebsräte besonderen Kündigungsschutz genießen, schien dies nur konsequent zu sein.



Aber Vorsicht: Wer glaubte, der Schutz sei nunmehr hergestellt, sah sich schon bald getäuscht. Denn erstens war der Gesetzestext sehr schwammig formuliert und zweitens konnten die Lobbyisten der Unternehmer durchsetzen, dass als Absatz 4 nachträglich eine ganz entscheidende Einschränkung hinzugefügt wurde. Demnach soll eine Übernahmeverpflichtung dann nicht gegeben sein, wenn dem Unternehmer „unter Berücksichtigung aller Umstände eine Weiterbeschäftigung nicht zugemutet werden kann“. Man sieht schon: das kann alles und nichts bedeuten.

Die Rechtsprechung hat in den letzten Jahren immer dann die Unzumutbarkeit bejaht, wenn kein freier Arbeitsplatz im Betrieb vorhanden sei. Ob es den freien Arbeitsplatz aber gäbe, entscheide allein der Unternehmer, der in seiner unternehmerischen Entscheidungen frei sei. Im übrigen sei es nicht Sache der Gerichte, zu überprüfen, ob diese ökonomisch Sinn machten

oder nicht. Mit anderen Worten: der Unternehmer kann selbst dafür sorgen, dass kein freier Arbeitsplatz entsteht. Kurz vor Ende der Ausbildung verschwinden die Stellenanzeigen, man verkündet einen Einstellungsstopp und schon sind die Jugendlichen draußen.

Die katastrophale Rechtsprechung der letzten Jahren hat also den Paragraphen, der einmal zum Schutz der jugendlichen Mitbestimmung gedacht war, völlig pervertiert und auf die Formel gebracht: es gibt nur dann einen Übernahmeanspruch, wenn der Unternehmer es will, also nie! In der Konsequenz bedeutet dies das Ende der jugendlichen Mitbestimmung in den Betrieben. Vielleicht will man uns dort nicht haben, weil junge Menschen oft besonders forsch und mutig zu Werke gehen und sich besonders stark für ihre Kollegen engagieren. Wir lassen uns nicht rausdrängen!

Es wird Zeit, diese skandalöse Entwicklung endlich auch politisch aufzugreifen und die Proteste zu organisieren. Die jugendliche Mitbestimmung muss wieder gesichert und intensiviert werden. Der erste Schritt in diese Richtung ist die Wiederherstellung des Schutzes des § 78a BetrVG. Diese kann nur erfolgen, wenn der Absatz 4 ersatzlos gestrichen wird!

SDAJ Freiburg